



Freie und Hansestadt Hamburg

Staatliche Pressestelle

4. Juni 2003

E-Government im digitalen „Nordstaat“

Chancen für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff, Schleswig-Holsteins Chefin der Staatskanzlei Ulrike Wolff-Gebhardt und Finanzsenator Dr. Wolfgang Peiner sind die Schirmherren des Kongresses „Digitaler Nordstaat – Chancen und Risiken für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung“, der heute in Seevetal-Hittfeld (Burg Seevetal) stattfindet.

In seiner Rede sprach sich Finanzsenator Dr. Wolfgang Peiner für einen weiteren Ausbau der bestehenden Kooperation der norddeutschen Länder auf allen Ebenen aus. E-Government nehme dabei für ihn eine zentrale Stellung ein.

Der Senator plädierte dafür, zügig übergreifende Verwaltungsnetze aufzubauen, um effektiv auf elektronischer Basis zusammenarbeiten zu können. Dazu gehöre es auch, die IT-Infrastruktur zu vereinheitlichen. Deshalb werden zum 1. Januar 2004 der Hamburger IuK-Dienstleister (LIT) mit der Datenzentrale Schleswig-Holstein fusioniert. Senator Dr. Peiner: „Zusammen werden sie unter dem Namen ‚dataport‘ ein sicherer Hafen für unsere Daten sein. Die Fusion der Datenzentralen ist Beweis dafür, dass eine partnerschaftliche Zusammenarbeit im Norden möglich, aber auch erforderlich ist. ‚dataport‘ wird guten Service für zwei Länder und viele Kommunen leisten und bietet die Chance, auch private Partner ins Boot zu holen.“

Ziel eines zukunftsorientierten E-Government sei es, so Senator Dr. Peiner weiter, über Information und Kommunikation hinaus zur elektronischen Transaktion zwischen Bürgern, Betrieben und öffentlicher Verwaltung zu gelangen und zu Prozessen innerhalb der Verwaltung ohne Medienbruch. Senator Dr. Peiner: „E-Government ist kein Technikthema, sondern ein Thema für die Menschen, für die Bürgerinnen und Bürger und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen. Es liegt auf der Hand, dass Hamburg nicht alles allein machen kann. Deshalb haben wir uns frühzeitig mit unseren Nachbarn zusammengesetzt und über gemeinsame Projekte gesprochen. E-Government macht an Verwaltungsgrenzen nicht halt. Wir orientieren uns konsequent an den Bedürfnissen der Bürger und Betriebe.“

Nach der Hamburger Bürgerbefragung 2003 wünschen 70 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger, sich auf elektronischem Wege an-, ab- und umzumelden. Auskünfte aus dem Melde- und anderen Registern wollen 62 Prozent auf elektronischem Wege einholen können. Ebenso viele möchten Dokumente und andere Formulare elektronisch bestellen können. Vorbehalte gibt es bei der Bezahlung von Steuern und Gebühren. 63 Prozent der Internetnutzer wollen dies nicht elektronisch erledigen. Eindeutig ist das Ergebnis der Umfrage auch zu den Kosten: Nur 20 Prozent der Befragten sind bereit, für ein zusätzliches Angebot mehr zu bezahlen.

Am Beispiel der melderechtlichen An-, Ab- und Ummeldung veranschaulichte Senator Dr. Wolfgang Peiner die Chancen, aber auch die Notwendigkeit für ein verwaltungsübergreifendes E-Government: „Heute muss der Bürger zunächst zum Meldeamt der Gemeinde gehen, aus der er wegzieht, um sich abzumelden. Anschließend ist ein Besuch desselben Amtes in der Zuzugsgemeinde erforderlich. Die elektronische Variante dieses Verfahrens sollte nun nicht sein, alle erforderlichen Daten zur Abmeldung bei der einen Gemeinde und noch einmal zur Anmeldung bei der zweiten Gemeinde eingeben zu müssen. Wir als öffentliche Verwaltung brauchen vielmehr – im ‚Front Office‘ – gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern eine einheitliche Eingabemaske, in die alle Daten auf einmal eingegeben werden können. Anschließend muss jeder Verwaltungsträger – ‚Back Office‘ – automatisch die Daten erhalten, die er benötigt. Daran wird derzeit ganz konkret und sehr intensiv im Rahmen des Projektes ‚E-Government in der Metropolregion‘ gearbeitet.“

Ohne eine sichere, einfache, kostengünstige und massentaugliche Identifizierung könne jedoch keine Transaktion über das Internet erfolgen. Die digitale Signatur habe dabei Akzeptanzprobleme, so Senator Dr. Peiner. Deshalb habe Hamburg – zusammen mit dem Hamburgischen Datenschutzbeauftragten – das so genannte HamburgGateway entwickelt, eine behördenübergreifende Benutzerverwaltung als Tor zur modernen digitalen Stadt. Bürger und Betriebe benötigten für alle städtischen E-Government-Angebote nur eine Anmeldung mit Benutzerkennung und Passwort. Für Online-Services mit höherem Sicherheitsbedarf sei es nur einmal erforderlich, sich persönlich in einem der bezirklichen Kundenzentren auszuweisen. Erste Anwendung im Laufe dieses Sommers werde die elektronische Melderegisterauskunft sein – verbunden mit einer Bezahlungsfunktion.

Kontakt:

Pressestelle der Finanzbehörde, Burkhard Schlesies
Telefon (040) 428 23-1662, Telefax -2230,
E-Mail: burkhard.schlesies@fb.hamburg.de
Im Internet: www.pressemeldungen.hamburg.de
www.finanzbehoerde.hamburg.de